

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. K. K. Dresden.

Verlagsamt: Dresden, Nr. 20618.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch den Postweg vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sperrstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kompositorenzeile 50 Pfennig, darauf 40 Prozent Anzeigenzuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme von bezahlten Anzeigen kann nicht übernommen werden. — Für Briefveränderungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 52.

Dresden, Dienstag den 4. März 1919.

30. Jahrg.

Streikbewegung in Berlin.

Jetzt ist auch in Berlin der Generalstreik ausgebrochen. Die Spartakisten haben ihn verlangt und die Unabhängigen haben nicht den Mut, dem Spartakistischen Treiben entgegenzutreten. Sie haben offenbar Angst vor dem Joch der Spartakisten, obgleich diese sich sicher auch in Zukunft nicht davon ablassen lassen werden, die Unabhängigen wegen ihrer „Pflaumenreife“ zu beschimpfen und zu verpöten. Selbstverständlich ist die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins dem Bahnstreik entgegengetreten. In einem Montag früh veröffentlichten Aufruf des Vorstandes der Bezirksorganisation Groß-Berlins hat S. D. und der sozialdemokratischen Obleute und Vorkämpfer des Berliner Arbeiterkampfes über die Durchführung der Streikbewegung in Berlin mitgeteilt, daß eine Kommission der Berliner Arbeiterkassen über die Durchführung der Streikbewegung in Berlin mit der Regierung verhandelt werde. Es heißt in dem Aufruf:

Unverzügliche Voraussetzung für die Bewirkung dieser Forderungen ist aber, daß alle Kräfte angezogen werden, um unter wirtschaftlichen baldmöglichst auf einer günstigen Grundlage wieder aufzubauen. Wir brauchen Nahrung, Kleidung und Wohnung! Wir brauchen Kohle und einen geregelten Verkehr! All das kann nur geschaffen werden durch Arbeit!

Wer daher in diesem Ausnahmefall zum Generalstreik aufrordert, verkennt die schärfste Durchsicht der dringendsten Forderungen des Volkes und provoziert den vollen Zusammenbruch unseres Wirtschaftlebens.

In der Tat, ein furchtbarer Fieberwahn scheint weite Kreise des deutschen Volkes ergriffen zu haben. Wir wissen, die Massen des deutschen Volkes leiden Not, sehr schwere Not, aber ist es denn wirklich so schwer, einzusehen, daß nur die Arbeit uns retten kann? Die deutsche Arbeiterkassen hat sich bisher stets durch Ruhe und Besonnenheit ausgezeichnet. Jetzt ist es, als ob ein Teil von ihr jede Einsicht verloren hätte. Wüßte es denn nicht eigentlich für jeden Deutschen klar sein, daß jeder Tag verlorener Arbeit die Gefahr der Hungernot erhöht. Wie viel besser blühte Deutschland da, wenn seit der Revolution die produktive Arbeit nicht so oft durch wilde Streiks unterbrochen worden wäre? Wie viel größer wären unsere Ausfuhrerlöse, wenn wir Rohstoffe aus dem Ausland bekommen? Wie viel größer die Ausfuhrerlöse auf eine bessere Ernte im nächsten Jahre, weil der Mangel an Düngemitteln nicht so groß wäre? Wenn das deutsche Volk in den nächsten Monaten von Not, Hunger und Elend in einem Maße heimgeheimt wird, wie wir das bisher noch nie gekannt haben, so ist das zum guten Teil die Schuld der spartakistisch-unabhängigen Streikführer, aber auch der Arbeiter, die sich nicht genug waren, ihnen zu folgen. Wie werden die Arbeiter, die jetzt der unmissigen Generalstreikparole der unabhängig-spartakistischen Führer folgen, ihr Tun vor ihren hungernden Frauen und Kindern verantworten können?

In Berlin wird von den Generalstreikstreibern nach dem gewöhnlichen Rezept gearbeitet: durch brutale Gewalt wird man diejenigen Arbeiter, die nicht mitmachen wollen, zur Beteiligung an dem Generalstreik zu zwingen suchen. Die Regierung würde ihre Pflicht aus schwerster gegen die Bevölkerung vernachlässigen, wenn sie diesem Treiben nicht entschieden entgegengetreten würde. Starke Truppenmassen sind in Berlin und Umgebung verammelt, der Belagerungsstand ist verkündet worden. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß eine sozialistisch-demokratische Regierung zu einem derartigen Mittel greifen muß, zu dessen Anwendung sich auch die alte Regierung nur selten entschloß. Das Entzweiungsgeschehen im unabhängig-spartakistischen Lager wird nicht ausbleiben, aber wir sind überzeugt, daß die Regierung das, was sie tut, jederzeit vor der Geschichte verantworten kann. Wie scharf wir es immer beurteilt haben, wenn Gewaltmaßnahmen angewandt werden zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerungen, so muß es für jeden Einsichtigen klar sein, daß die schwersten Gefahren einem Volke drohen, dessen Regierung es nicht vermag, brutaler Gewalt mit Energie entgegenzutreten. Die Revolution darf kein Freibrief für brutale Gewalttaten sein. Sollen die Errungenschaften der Revolution gewahrt werden, so ist nichts notwendiger als Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

Der Streikbeschluss des Berliner Arbeiterrats.

Berlin, 3. März. In der heutigen Sitzung der Berliner Arbeiterrats wurde ein Antrag der Kommunisten auf Erklärung des Generalstreiks durch Unterstützung der Unabhängigen mit knapper Mehrheit gegenüber den geschlossenen Stimmen der Rechtssozialisten und Demokraten in sehr unübersichtlicher tumultuöser Versammlung angenommen.

Über die Sitzung der Berliner Arbeiterrats am Montag, in der die Zweidrittelmehrheit der Generalstreik beschlossen wurde, berichtet die Deutsche Ill. Ztg.: Es wurde festgestellt, welche Berufsgruppen an dem Streik nicht teilnehmen dürfen: die Lebensmittel-, Bekleidungs-, Feuerweh-, das gesamte Sanitätswesen, die Gaswerke, Versorgungsanstalten sowie Krankenkassen. In den Generalstreik treten nur die Berufsgruppen mit kleineren Einschränkungen. Vollständig streiken Elektrizität, Post und Telegraphen, Gas-, Wasser-, Hotels, Dienstboten und die Presse. Die sieben Hamburger Punkte, die auf dem Rätekongress im Dezember beschlossen wurden,

wurden auch als Streikforderung angenommen. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Redakteuren und Arbeitern des Staatsgerichts, Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, sofortige Auflösung der Freiwirtschaftsvereine, Umwandlung der bestehenden Gerichte in Volksgerichte. Es wurde sodann über die einzelnen Forderungen, die die Note Fahren erhoben hat, eine Anzahl politischer Männer des alten und des jetzigen Systems vor einem Revolutionsgericht abzuurteilen, nach längerer Debatte und in mehrere Teile geteilt abgestimmt. Der erste Teil, wonach die beiden Hohenzollern, Hindenburg und Ludendorff abzuurteilen sind, wurde angenommen. Der zweite Teil, nach dem Ebert, Scheidemann und Roste abzuurteilen sind, wurde abgelehnt. Die Kommunisten protestierten hiergegen. In nochmaliger Abstimmung wurde das erste Resultat bestätigt. Teilweise wurde beschlossen, die Mitglieder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und anderen nichtabsoluten Revolutionären in der gleichen Weise vor ein Revolutionsgericht zu stellen. — Als Streikleitung wurde der Volksrat beauftragt.

Belagerungszustand in Berlin.

Berlin, 3. März. Um die Freiheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Rinderpest zu schützen und vor Hungernot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Niederbarnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollständige Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken Reichswehrminister Roste über, der in Ausführung des Belagerungszustandes besondere Bestimmungen erläßt sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

Zur Verhängung des Belagerungszustandes schreibt der Vorbericht: Wir wünschen, daß diese Maßnahme möglichst bald wieder rückgängig gemacht werden kann und daß das beste Mittel hierzu in ein Verhalten der Bevölkerung, das ihre Verantwortlichkeit beweist.

In der täglichen Rundschau heißt es: Berlin steht am Vorabend einer neuen Revolution. Die sozialistische Regierung, das muß man ihr zugestehen, macht den Versuch, ihr wenigstens entgegenzutreten und ihre eigene Herrschaft in der Reichshauptstadt aufrechtzuerhalten. Sie wird jetzt daran denken müssen, daß es der größte und schlimmste Fehler wäre, jetzt in irgendeinem Punkte nachzugeben.

Spartakistische Gewalttaten.

Berlin, 3. März. Nachdem der Antrag der Kommunisten auf Erklärung des Generalstreiks für Berlin angenommen worden war, haben sich sofort an verschiedenen Stellen der Stadt spartakistische Unruhen gezeigt. So kam es zu Zusammenstößen auf dem Alexanderplatz und zu kleinen Schießereien, denen leider bereits einige Menschenleben zum Opfer fielen. Auch in der Brunnenstraße, Invalidenstrasse, Anhalter Straße und Weinmeisterstraße haben spartakistische Wutdemonstrationen stattgefunden. Soldaten und Polizeibeamte wurden angegriffen und misshandelt. Vier Polizeibeamte in der Nähe der Invalidenstrasse wurden verletzt. Die Telefonleitungen wurden durchgeschnitten. Ein Angriff auf den Nordbahnhof ist seitens der militärischen Besatzung abgelehnt worden. Am Alexanderplatz wird geschossen. Dies deutet darauf hin, daß die Spartakisten Berlin toll im Januar terrorisieren wollen. Es werden allen Umständen aufrechterhalten, einen unüberwindlichen Widerstand bieten.

Berlin, 4. März. Auf Grundlegung wird der Telegraphen-Union vom Polizeipräsident mitgeteilt, daß heute in den frühen Abendstunden verschiedene Polizeistellen, man spricht von 15, im Norden der Stadt von den Spartakisten gestürmt worden sind, wobei die Polizisten entlassen und teilweise von den Spartakisten befreit worden sind. Auch im Zentrum der Stadt sollen bereits einige Polizeistellen gestürmt worden sein. Wie weiter mitgeteilt wird, sind die für den Polizeipräsidenten führenden Verbänden durchsucht worden, so daß der telephonische Verkehr mit den Polizeistellen unterbrochen ist. In Schöneberg ist es bisher noch nicht gekommen. In der Gegend des Alexanderplatzes und in den umlaufenden, besonders nach dem Norden führenden Straßen hat sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Der Verkehr der Hoch- und Untergrundbahn und der gesamte Straßenbahnverkehr wurde eingestellt.

Gegen den Streikzwang.

Berlin, 4. März. Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei fordert zu treten, die es in gleicher Bestimmung beschließen und sich gegen jeden terroristischen Streikzwang energisch zur Wehr setzen.

Die Beamten und der Streik.

Berlin, 4. März. Auf Grund eines Beschlusses der im deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Beamtenverbände (darunter der Verbände der Eisenbahn- und Postbeamten) lehnt der deutsche Beamtenbund den Eintritt in den allgemeinen Beamtenstreik als Gegenmaßnahme gegen den Generalstreik der Arbeiter ab. Auch tritt der deutsche Beamtenbund nicht in einen Streik im Anschluss an einen einmaligen Wirtstreik ein. Ein Bundesauschuss des deutschen Beamtenbundes ist ermächtigt, etwaige weitere Maßnahmen zu treffen.

Belagerungszustand in Halle.

Nach einem Bericht der Leipziger Volkszeitung über die Besetzung von Halle durch Regierungstruppen ist es bei dem Einmarsch doch mehrfach zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Einem Krupp Soldaten sollen die Gewehr entzogen und die Maschinengewehre in die Saale geworfen worden sein. Ebenso wurde ein Kraftwagen mit zwei Offizieren umgestürzt und der eine von ihnen in die Saale geworfen, wo er ertrank. Heftige Kämpfe wurden am Sonntag tagsüber und in der Nacht zum Montag geführt, die sich namentlich zwischen der Post und dem Theater abspielten, das von Matrosen besetzt war. Um 1 Uhr morgens war die militärische Lage in Halle vollkommen verworren. Die Stadt hat schwer gelitten. In den großen Geschäftsstraßen sind sämtliche Geschäfte vollständig ausgeplündert. Ganze Warenhäuser sind bis unter das Dach ausgeraubt. Berge von Glasplittern, Verpackungsmaterial, Flaschenherben und Barrenresten liegen in den Straßen. Auch in der Nacht zum Montag waren die Plünderer eifrig bei der Arbeit. Die Geschäftsstraßen bieten ein unbeschreibliches Bild. Viele Zivilisten haben während der Ereignisse das Leben eingebüßt. Die Verluste der Regierungstruppen sind nach der Volkszeitung sehr hoch. Montag früh erreichten die Kämpfe mit der Erstürmung des Theaters, das den Hauptstich der Kommunisten bildete, ihren Höhepunkt und ihr Ende. Auf die Erstürmung folgte die Erklärung des Belagerungszustandes. Seitdem herrscht in Halle Ruhe, die bis zum späten Abend nicht gestört wurde. In Weimar trafen Vertreter aus Halle ein, um zu verhandeln. Ihre Forderung nach Abzug der Regierungstruppen wurde abgelehnt. Gestern ist auch in Weimar ein Zug aus Wittenberg eingetroffen, der seinen Weg wieder über Halle nehmen konnte. Der Parlamentszug wurde jedoch noch über Chemnitz-Gera umgeleitet.

In Leipzig steigt infolge des Generalstreiks und des Gegenstreiks, die einander ergänzen, die Nahrungsmittelmittelnot. An eine gütliche Beilegung des Streiks soll nach dem Vormarsch in absehbarer Zeit nicht zu denken sein. In einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats mit den Betriebsräten wurde gestern die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Für die Spartakisten und Kommunisten ist der Streik, insbesondere auch infolge des bekanntgewordenen Einrückens der Regierungstruppen in Halle, zu einer Frage des Freiheitsgewalts geworden. Sie rufen zu Abwehrmaßnahmen. Auf allen Landstraßen sind Wachen und Posten, zum Teil auch Zivil, aber mit Waffen und scharfer Punition ausgerüstet, aufgestellt. In einer Sitzung des Großen Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats wurde beschlossen, daß die unabhängigen Abgeordneten der sächsischen Volkskammer in Mittel- und Ostdeutschland dahin zu wirken haben, daß dort auch in den Generalstreik getreten und daß in Sachsen die Räterepublik ausgerufen werde. Die Landwirte in Vönitz bei Leipzig haben beschlossen, als Protest gegen den Generalstreik der Arbeiter selbst in den Streik einzutreten. Es sollen keinerlei Nahrungsmittel mehr nach Leipzig geliefert werden. An den Unruhen in General- und Bürgerstreiks werden sich voraussichtlich viele ernsthaft wirtschaftliche Kämpfe anschließen. So haben die Metallindustriellen und die Holzindustriellen beschlossen, daß, wer nicht bis zu einem bestimmten Tage in die Betriebe zurückgekehrt sei, ausgesperrt bleibt.

In Wurzeln ist der Generalstreik ebenfalls ausgebrochen. Das Elektrizitätswerk wurde stillgelegt. — In Chemnitz sind die Straßenbahnangelegenheiten für wirtschaftliche Forderungen in den Ausstand getreten. So daß der Straßenbahnverkehr seit Montag früh ruht. — In Plauen veranstaltete die Bürgerwehr eine Kundgebung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die die Kommunisten vergeblich zu hören verweigerten. Zwischen den Sozialdemokraten beider Richtungen sind Bestrebungen auf eine Wiedervereinigung im Gange. — Leipzig infolge des Generalstreiks in völliger Dunkelheit. Ein Offizier und ein Matrose wurden erschossen. Mehrfach kam es zu Schlägereien und Plünderungen von Läden. — In Reckschau sind die Textilarbeiter zur Durchsetzung von Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Drohender Generalstreik im Ober-Elsass.

Freiburg, 3. März. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß seit Anfang der vorigen Woche im Ober-Elsass schwere Arbeiterkämpfe eingeleitet haben. Die Forderungen der Arbeiter wurden als unannehmbar bezeichnet und militärische Verstärkungen herangezogen. In Mühlhausen streiken allein 15 000 bis 20 000 Arbeiter, im oberelsässischen Kohlenbezirk 5000. Auch die Metallarbeiter haben einen Streik angekündigt, falls ihre Forderungen auf Lohnerböschung und auf achtstündige Arbeitszeit nicht bewilligt werden. Der Generalstreik dürfte im Ober-Elsass unmittelbar bevorstehen. Die Umstände sind auch eine Folge der unerhöht hohen Lebensmittelpreise.

Advertisement text on the left margin, including 'Spartakisten', 'Streik', 'Belagerungszustand', etc.